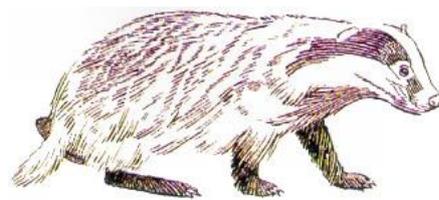


Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (17. Jahrgang, Nr.04 April 2023)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Im Frieden begraben die Söhne ihre Väter; im Krieg die Väter ihre Söhne.

Herodot (490-430 v.Chr.), griechischer Geschichtsschreiber

Kindergrundsicherung ?!

Deutschland hat ein Problem mit Kinderarmut. Einer aktuellen Studie zufolge ist mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Inflation, Pandemie und Energiekrise verschärfen diese Situation zusätzlich. Kinder sind von ihren Eltern abhängig. Ist das Geld knapp, hat das Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder. Wer in einer armen Familie aufwächst, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter arm. Diesem Problem will die Ampelregierung mit Einführung einer Kindergrundsicherung begegnen.

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung (Seite 78) ist aufgeführt, dass man in dieser Legislaturperiode eine Kindergrundsicherung einführen will. Dort heißt es: „Mit dem Garantiebtrag legen wir **in dieser Legislaturperiode** die Grundlage für unser perspektivisches Ziel, künftig allein durch den Garantiebtrag den verfassungsrechtlichen Vorgaben nach Freistellung des kindlichen Existenzminimums bei der Besteuerung des Elterneinkommens zu entsprechen.“ Weiter heißt es: „Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür den Einkommensbegriff **bis Mitte 2023** in allen Gesetzen harmonisieren.“ Doch im Unterschied zur Einführung des Bürgergeldes, das zum 1. Januar 2023 Hartz IV abgelöst hat, ist bisher so gut wie nichts geschehen. Woran liegt das? Die neugewählte Bundesregierung begann ihre Arbeit im November 2021 mitten in der Corona-Pandemie. Seit dem 24. Februar 2022 wird die Arbeit der Bundesregierung sehr stark von dem verbrecherischen Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge bei uns geprägt. Dann musste die Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) bereits im April 2022 zurücktreten. Sie war vorher Familienministerin in Rheinland-Pfalz und wurde von ihrem Verhalten während der Flutkatastrophe eingeholt. Seitdem ist Lisa Paus (Grüne) Bundesfamilienministerin.

Sie ist sehr darum bemüht, nun doch noch innerhalb dieser Legislaturperiode die Kindergrundsicherung einzuführen, von der es im Koalitionsvertrag heißt: „Wir wollen mit der Kindergrundsicherung bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schaffen und

konzentrieren uns auf die, die am meisten Unterstützung brauchen. Wir wollen mehr Kinder aus der Armut holen ... Die Kindergrundsicherung soll aus zwei Komponenten bestehen: Einem einkommensunabhängigen Garantiebtrag, der für alle Kinder und Jugendlichen gleich hoch ist, und einem vom Elterneinkommen abhängigen, gestaffelten Zusatzbetrag.“

Die Kindergrundsicherung verspricht Entlastung vor allem für einkommensschwache Familien. Die geplante Reform soll die bisherigen Leistungen bündeln und stellt für jedes Kind einen Rechtsanspruch dar. Sie soll Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag, Unterhaltsvorschuss und Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes ersetzen. Sie wäre damit für unseren Sozialstaat etwas völlig Neues. Dieser Reform ist zu wünschen, dass sie nicht nur ein neuer Name für Bisheriges wird, wie das Bürgergeld, welches bei der Zustimmung durch den Bundesrat so viele Kompromisse über sich ergehen lassen musste, dass es nur noch einen anderen Namen für Hartz IV darstellt.

Die Parteien, einige Wohlfahrtsverbände und Organisationen haben Modelle für eine künftige Kindergrundsicherung erarbeitet. Doch diesmal kommen keine Kompromissforderungen aus dem Bundesrat, sondern unterschiedliche Forderungen in der Ampel. Dieser Streit spitzt sich zu. Nachdem die Familienministerin Lisa Paus (Grüne) vorgeschlagen hat, die Kinderfreibeträge abzusenken und mit den Steuermehreinnahmen die Kindergrundsicherung zu finanzieren, geht die FDP auf die Barrikaden. Im Finanzstreit kontert das Bundesfinanzministerium von Christian Lindner (FDP) die 12-Milliarden-Euro-Forderung von Bundesfamilienministerin Lisa Paus mit eigenen Berechnungen. „Die finanziellen Grundlagen für die Kindergrundsicherung sind bereits gelegt“. Das bedeutet: über die bereits seit Jahren in allen Haushaltsplänen des Bundes vorgesehenen Kosten für Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag, Unterhaltsvorschuss und Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes hinausgehenden Kosten werden vom Finanzministerium abgelehnt.

Damit steht auch dieses Projekt in der Gefahr, nur ein neuer Name für bisher übliches zu werden und ist weit von dem entfernt, was die im November 2021 verkündete Formel der neuen Bundesregierung verheißt: „Mehr Fortschritt wagen.“

Klaus-Rainer Martin

Kindergrundsicherung: soziale Teilhabe unbürokratisch und einfach

In einer gemeinsamen Erklärung „Gemeinsam gegen Kinderarmut: EINE für ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“ fordert eine breite Allianz von 22 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften die Parteien auf, der Bekämpfung von Kinderarmut in der nächsten Wahlperiode höchste Priorität einzuräumen und eine Kindergrundsicherung einzuführen.

Warum sich die Diakonie mit dafür einsetzt, eine Kindergrundsicherung einzuführen, erklärt Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: "Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland ist ein Skandal. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist eine Kindergrundsicherung notwendig. Die nächste Bundesregierung muss zügig dafür sorgen, dass sie eingeführt wird. Bisher sind die Leistungen für Kinder in Armut extrem kompliziert geregelt. Die Kindergrundsicherung ist dagegen einfach und unbürokratisch. Alle Kinder bekommen den gleichen Mindestbetrag. Kinder, die in Armut leben, erhalten unmittelbar dazu, was sie für eine umfassende soziale Teilhabe brauchen."

Weitere Informationen gibt es in der **gemeinsamen Pressemitteilung** zur Erklärung „Gemeinsam gegen Kinderarmut: EINE für ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“.

aus: www.diakonie.de/kindergrundsicherung

Lauterbachs Pläne für eine kleine Pflegerreform stehen auf finanziell brüchigem Fundament

Der Diakonie Deutschland liegt ein erster Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums für die geplante kleine Pflegerreform vor. Der Entwurf geht nun in die Abstimmung mit den anderen Ministerien. Dabei kommt es besonders auf das Bundesfinanzministerium an.

Dazu erklärt Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „Im Entwurf sind sinnvolle Bausteine für eine Pflegerreform enthalten, die allerdings auf einem sehr brüchigen finanziellen Fundament stehen. Gut ist, dass die häusliche Pflege durch das so genannte Entlastungsbudget erleichtert werden soll: pflegende Angehörige können die Verhinderungs- und Kurzzeitpflege nun flexibler einsetzen. Eine Anpassung der Pflegeleistungen an die Preissteigerungen ist vorgesehen, allerdings erst ab 2025 – das ist eindeutig viel zu spät. Die Kostensteigerungen für pflegebedürftige Menschen in vollstationären Pflegeeinrichtungen sollen laut den Plänen des Bundesgesundheitsministers abgemildert werden – aber nicht im notwendigen und ausreichenden Umfang. Die Kostensteigerungen der letzten Monate werden nicht ansatzweise aufgefangen.“

Die vorgesehene Erhöhung des Beitragssatzes auf 3,4 Prozent reicht nicht aus, um die notwendige Versorgung der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland hinreichend zu sichern. Um die Sozialabgaben nicht weiter zu erhöhen, ist ein Zuschuss aus dem Bundeshaushalt erforderlich. Hier ist im Entwurf eine Rolle rückwärts vorgesehen: der bereits eingeführte Zuschuss in Höhe von einer Milliarde Euro jährlich soll bis 2028 zurückgezahlt werden. Das ist widersinnig.“

Aus der Sicht der Diakonie Deutschland braucht die Reform eine solide finanzielle Grundlage. Neben den höheren Beiträgen müssen hierfür Steuermittel eingesetzt werden. „Das Pflegesystem steht schon jetzt vor dem Kollaps. Die Zeit drängt“, so Loheide.

Die Diakonie Deutschland schlägt die Einführung einer Pflegevollversicherung mit kalkulierbarer Eigenbeteiligung vor.

Diakonie Nord Nord-Ost gegründet-

Die vier diakonischen Unternehmen Vorwerker Diakonie Lübeck, Diakoniewerk im nördlichen Mecklenburg, Vorwerker Dienste und Diaklusio Lübeck (diakonische inklusive Dienstleistungsgesellschaft) haben sich am 1. Januar 2023 zur „Diakonie Nord Nord-Ost“ zusammengeschlossen.

Mehr Informationen unter: www.diakonie-nordnordost.de

Auch das noch:

Dachs (nicht DAGS) faucht Polizisten an

Ein angriffslustiger Dachs hat in Ribnitz-Damgarten (Vorpommern-Rügen) zu einem Polizeieinsatz geführt. Wie eine Polizeisprecherin gestern sagte, fühlte sich ein Autofahrer am Donnerstag von dem Tier bedroht, das ihn fauchend „begrüßte“, sodass er nicht aus seinem Auto aussteigen konnte. Auch die Beamten wurden angeknurrt, später flüchtete das Tier. Laut Polizei sollte man Dachsen nicht zu nahekommen, da diese sehr schmerzhaft zubeißen könnten.

aus: Lübecker Nachrichten, vom 13.03.2023

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Für unser nächstes Treffen
standen bei Redaktionsschluss
Termin und Ort
noch nicht fest.
Sie werden auf unserer Homepage bekanntgeben.**

Christus ist gestorben und lebendig geworden, um Herr zu sein über Tote und Lebende.

(Monatsspruch für April 2023 aus Röm. 14,9)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. März 2023